



Amtsblatt

Amtliche Bekanntmachungen der Gemeinde Blaichach

Nr. 09/2024 vom 02.12.2024

INHALT

- Zwölfte Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabensatzung der Gemeinde Blaichach (BGS - WAS)
(ab Seite 2)
- Satzung über die Benutzung des Friedhofs und der Bestattungseinrichtungen der Gemeinde B
Blaichach (Friedhofssatzung – FS)
(ab Seite 3)
- Friedhofsgebührensatzung (FGS) der Gemeinde Blaichach
(ab Seite 20)
- Zehnte Satzung zur Änderung der Gebührensatzung zur Straßenreinigungssatzung der Gemeinde
Blaichach
(ab Seite 24)

**Zwölfte Satzung zur Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung
zur Wasserabgabesatzung der Gemeinde Blaichach (BGS - WAS)****Vom 02.12.2024**

Aufgrund der Artikel 5, 8 und 9 des Kommunalabgabengesetzes erlässt die Gemeinde Blaichach folgende Satzung:

**§ 1
Änderungsbestimmungen**

Die Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung der Gemeinde Blaichach (BGS – WAS) vom 7. Dezember 1992 (zuletzt geändert mit Elfter Änderung vom 30. Juli 2021) wird wie folgt geändert:

- § 10 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Die Grundgebühr beträgt bei Verwendung von Wasserzählern mit Dauerdurchfluss (Q3)

bis	4 m ³ /h	78,00 €/Jahr
bis	10 m ³ /h	188,00 €/Jahr
bis	16 m ³ /h	311,00 €/Jahr
bis	64 m ³ /h	1.244,00 €/Jahr
über	64 m ³ /h	1.859,00 €/Jahr“

- § 11 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Die Gebühr beträgt 2,69 € pro Kubikmeter entnommenen Wassers.“

**§ 2
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt zum 1. Januar 2025 in Kraft.

Blaichach, 02. Dezember 2024

GEMEINDE BLAICHACH

gez.

Christof Endreß
Erster Bürgermeister

**Satzung
über die Benutzung des Friedhofs und der Bestattungseinrichtungen
der Gemeinde Blaichach
(Friedhofssatzung – FS)**

vom 02.12.2024

Aufgrund von Art. 23 und 24 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 sowie Abs. 2 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) erlässt die Gemeinde Blaichach folgende Satzung:

Inhalt:

I. Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereiche
- § 2 Friedhofszweck
- § 3 Bestattungsanspruch
- § 4 Friedhofsverwaltung
- § 5 Schließung und Entwidmung

II. Ordnungsvorschriften

- § 6 Öffnungszeiten
- § 7 Verhalten im Friedhof
- § 8 Gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof

III. Grabstätten und Grabmale

- § 9 Grabstätten
- § 10 Grabarten
- § 11 Grabstätten zur Erdbestattung
- § 12 Kindergrabstätten
- § 13 Aschenreste und Urnenbeisetzungen
- § 14 Größe der Grabstätten
- § 15 Rechte an Grabstätten
- § 16 Übertragung von Nutzungsrechten
- § 17 Pflege und Instandhaltung der Gräber
- § 18 Gärtnerische Gestaltung der Gräber
- § 19 Ablage und Entfernung von Blumenschmuck im Bestattungsfall bei den Gemeinschaftsgräbern
- § 20 Erlaubnisvorbehalt für Grabmale und bauliche Anlagen
- § 21 Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit
- § 22 Ausmaße und Gestaltung der Grabmäler und Einfassungen
- § 23 Gründung, Erhaltung und Entfernung von Grabmalen

IV. Bestattungsvorschriften

- § 24 Leichenhaus
- § 25 Leichenhausbenutzungszwang
- § 26 Leichentransport
- § 27 Leichenbesorgung
- § 28 Friedhofs- und Bestattungspersonal
- § 29 Bestattung
- § 30 Anzeigepflicht und Bestattungszeitpunkt
- § 31 Ruhefrist
- § 32 Exhumierung und Umbettung

V. Schlussbestimmungen

- § 33 Anordnungen und Ersatzvornahme
- § 34 Haftungsausschluss
- § 35 Zuwiderhandlungen
- § 36 Inkrafttreten

I. Allgemeine Vorschriften**§ 1 Geltungsbereiche**

Die Gemeinde Blaiachach errichtet und unterhält die folgenden Einrichtungen für das Bestattungswesen als öffentliche Einrichtungen:

- a) der Friedhof im Ortsteil Ettensberg (Fl.Nr. 464/3, Gemarkung Blaiachach)
- b) das Leichenhaus,
- c) das zur Bestattung und zum Unterhalt tätige Personal.

§ 2 Friedhofszweck

Der Friedhof dient insbesondere den verstorbenen Gemeindemitgliedern als würdige Ruhestätte und der Pflege ihres Andenkens.

§ 3 Bestattungsanspruch

(1) Auf dem Friedhof werden beigesetzt

- a) die Verstorbenen, die bei ihrem Ableben in der Gemeinde einen Wohnsitz hatten,
- b) die Verstorbenen, die ein Nutzungsrecht an einem belegungsfähigen Grab besitzen, und ihre Familienangehörigen (§ 1 Abs. 1 Satz 2 Ziffer 1 BestV),
- c) die im Gemeindegebiet Verstorbenen oder tot Aufgefundenen, wenn eine ordnungsgemäße Bestattung anderweitig nicht sichergestellt ist,
- d) Tot- und Fehlgeburten im Sinne des Art. 6 des BestG.

(2) Die Bestattung anderer als der in Absatz 1 genannten Personen bedarf auf Antrag der besonderen Erlaubnis der Friedhofsverwaltung im Einzelfall. Die Erlaubnis kann insbesondere erteilt werden, wenn die verstorbene Person

- a) in der Gemeinde geboren war, oder früher in Blaiachach ihren Wohnsitz hatte,
- b) verwandtschaftliche Beziehungen zu Bürgern der Gemeinde hatte.

Auf Erteilung dieser Erlaubnis besteht kein Rechtsanspruch. Sie kann insbesondere verweigert werden, wenn es der Platzbedarf des Friedhofs unter Berücksichtigung des Bestattungsanspruchs für den Personenkreis nach Absatz 1 nicht zulässt.

(3) Der Bestattungsanspruch nach Absatz 1 begründet keinen Anspruch auf Zuteilung einer bestimmten Grabstätte (§ 9) oder Grabart (§ 10). Die Zuteilung einer Grabstätte erfolgt durch die Friedhofsverwaltung (§ 4) und soll im Rahmen des § 10 Abs. 3 nach Möglichkeit die Interessen des zukünftigen Grabnutzungsberechtigten berücksichtigen.

§ 4 Friedhofsverwaltung

Der Friedhof wird von der Gemeinde verwaltet und beaufsichtigt. Der Belegungsplan wird von der Gemeinde so geführt, dass jederzeit festgestellt werden kann, wann mit wem jedes Grab belegt wurde, wer der Grabnutzungsberechtigte ist und für welchen Zeitraum das Nutzungsrecht erworben wurde.

§ 5 Schließung und Entwidmung

- (1) Friedhöfe, Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können im öffentlichen Interesse ganz oder teilweise geschlossen oder entwidmet werden. Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Beisetzungen ausgeschlossen; durch die Entwidmung verliert der Friedhof seine Eigenschaft als öffentliche Bestattungseinrichtung. Besteht die Absicht der Schließung, so werden keine Nutzungsrechte mehr erteilt oder wiedererteilt.
- (2) Die Absicht der Schließung, die Schließung selbst und die Entwidmung sind jeweils öffentlich bekannt zu machen.
- (3) Die Gemeinde kann die Schließung verfügen, wenn keine Rechte auf Bestattung entgegenstehen, durch Einigung mit den Grabnutzungsberechtigten vorzeitig aufgelöst wurden oder bestehende Rechte zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit aufgehoben worden sind. Die Gemeinde kann die Entwidmung verfügen, soweit keine Rechte auf Bestattung entgegenstehen und alle Ruhefristen abgelaufen sind.
- (4) Soweit zur Schließung oder Entwidmung Nutzungsrechte im Einvernehmen mit dem Berechtigten abgelöst werden sollen oder aufgehoben worden sind, sind unter ersatzweiser Einräumung entsprechender Rechte auch Umbettungen ohne Kosten für den Nutzungsberechtigten möglich.
- (5) Im Übrigen gilt Art. 11 BestG.

II. Ordnungsvorschriften

§ 6 Öffnungszeiten

- (1) Der Friedhof ist während der an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten für den Besucherverkehr geöffnet.
- (2) Die Friedhofsverwaltung kann das Betreten des Friedhofs oder einzelner Friedhofsteile aus besonderem Anlass vorübergehend untersagen oder außerhalb der vorgenannten Öffnungszeiten gestatten.

§ 7 Verhalten im Friedhof

- (1) Jeder Besucher des Friedhofs hat sich ruhig und der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten.
- (2) Kinder unter 10 Jahren ist das Betreten des Friedhofs nur in Begleitung Erwachsener gestattet.
- (3) Der Anordnung des Friedhofspersonals haben die Besucher Folge zu leisten. Besuchern des Friedhofs ist es insbesondere nicht gestattet
 - a) Tiere mitzubringen, ausgenommen sind Blindenhunde,
 - b) zu rauchen und zu lärmern,
 - c) die Wege mit Fahrzeugen und Sportgeräten aller Art zu befahren. Kinderwagen, Rollstühle und vergleichbare Hilfsmittel zum Transport von Kindern, Kranken und Behinderten sind hiervon ausgenommen,
 - d) Waren aller Art sowie gewerbliche oder sonstige Leistungen anzubieten oder diesbezüglich zu werben,
 - e) Druckschriften zu verteilen, ausgenommen Druckschriften, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
 - f) Abraum und Abfälle an anderen Orten abzulagern, als an den hierfür vorgesehenen Plätzen,
 - g) Grabhügel, Grabeinfassungen und Grünanlagen unberechtigt zu betreten und/oder zu beschädigen,

- h) der Würde des Ortes nicht entsprechende Gefäße (z. B. Konservendosen, Plastik- und Glasflaschen sowie ähnliche Gegenstände) auf Gräbern ohne Erlaubnis aufzustellen oder solche Gefäße zwischen den Gräbern aufzubewahren,
 - i) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen
 - j) Film-, Video- und Fotoaufnahmen von Grabstätten und insbesondere Grabmalen zu erstellen, zu verwerten und zu verbreiten (z.B. Internet), außer zu privaten Zwecken.
- (4) Die Friedhofsverwaltung kann von den Verboten auf Antrag Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofs und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.
- (5) Totengedenkfeiern sind der Friedhofsverwaltung spätestens vier Werktage vorher anzuzeigen und bedürfen der Erlaubnis der Friedhofsverwaltung.

§ 8 Gewerbliche Tätigkeiten auf dem Friedhof

- (1) Die Gewerbetreibenden und ihre Gehilfen haben den Regelungen der Friedhofssatzung und den Anweisungen der Friedhofsverwaltung Folge zu leisten. Durch gewerbliche Arbeiten darf die Würde des Friedhofs nicht beeinträchtigt werden; insbesondere ist auf Bestattungsfeierlichkeiten Rücksicht zu nehmen. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu bringen.
- (2) Die Friedhofswege dürfen nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung (Antrag nach § 7 Abs. 4) mit den für die Ausführung der Arbeiten oder für den Transport von Arbeitsmitteln erforderlichen Fahrzeugen befahren werden. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Friedhofsbereich beträgt Schrittempo. Bei anhaltendem Tau- oder Regenwetter kann die Friedhofsverwaltung das Befahren der Friedhofswege mit Fahrzeugen untersagen.
- (3) Die gewerblich Tätigen haften für alle Schäden, die sie oder ihre Gehilfen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in dem Friedhof verursachen.
- (4) Die Ausübung gewerbsmäßiger Tätigkeiten auf dem Friedhof kann durch die Friedhofsverwaltung dauerhaft versagt werden, wenn die ordnungsgemäße Ausführung der Arbeiten nicht gewährleistet ist oder wenn trotz schriftlicher Abmahnung mehrfach gegen die Friedhofssatzung oder Anordnung der Friedhofsverwaltung verstoßen wird. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Abmahnung entbehrlich.
- (5) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht behindern. Die Gewerbetreibenden dürfen auf dem Friedhof keinerlei Abfall, Abraum-, Rest- und Verpackungsmaterial ablagern. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.
- (6) Während der Bestattungszeiten ist die Vornahme gewerblicher oder ruhestörender Arbeiten in der Nähe des Bestattungsortes untersagt.

III. Grabstätten und Grabmale

§ 9 Grabstätten

- (1) Die Grabstätten stehen im Eigentum der Gemeinde. An ihnen können Rechte nur nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Die Anlage der Grabstätten richtet sich nach dem Belegungsplan, der bei der Friedhofsverwaltung innerhalb der allgemeinen Dienstzeiten eingesehen werden kann.

§ 10 Grabarten

(1) Der Friedhof ist in folgende Grabfelder und Abteilungen gegliedert:

Grabfelder	Abteilung
A	A, AA, AKS, AKN, A1
B	B
D	D
F	F1, F2, F3, F4
E	E
K	K, K1, K2, K3, K4
J	J1, J2
L	L
U	U1, U2, U3, U3A, U4, U4A
P	P
N	N

Die Lage der einzelnen Grabfelder und Abteilungen und die damit nach Absatz 2 verbundene Art der Grabstätte ergeben sich aus dem Lageplan. Der Lageplan ist Bestandteil dieser Satzung.

(2) Gräber im Sinne dieser Satzung sind:

- a) Grabstätten zur Erdbestattung (Abteilung A, AA, A1, D, E, F1, F3, F4)
- b) Kindergrabstätten (Abteilung J1, J2)
- c) Urnenerdgrabstätten (Abteilung B, F2, K, K1, K2, K3, K4)
- d) Stein-Urnen-Stelenanlage als Gemeinschaftsgrab (Abteilung U1, U3, U3A, U4, U4A)
- e) Baum-Urnen-Stelenanlage als Gemeinschaftsgrab (Abteilung U2)
- f) Namenlose (Anonyme) Urnengrabstätten (Abteilung L)
- g) Ehrengrabstätten (Abteilung P)
- h) Naturnahes Grabfeld (Abteilung N)

Die Gräber in der Abteilung AKS und AKN sollen gem. § 5 geschlossen werden.

- (3) Die Lage der einzelnen Grabstätten wird durch die Gemeinde bestimmt und richtet sich nach dem Belegungsplan. Der Friedhof ist darin in Grabfelder und Abteilungen aufgeteilt. Die einzelnen Grabstätten sind fortlaufend nummeriert. Bestattungen können jeweils nur in den von der Gemeinde freigegebenen Grabfeldern oder deren Teilen erfolgen.
- (4) Die Zuerkennung, Anlage und die Unterhaltung von Ehrengrabstätten obliegen der Gemeinde.

§ 11 Grabstätten zur Erdbestattung

- (1) Bei Grabstätten zur Erdbestattung handelt es sich um Einzelgrabstätten oder Mehrfachgrabstätten.
- (2) In Einzelgrabstätten kann in einem Einfachgrab während der Ruhefrist nur ein Verstorbener (Leiche) jeden Alters beigesetzt werden und dienen der Erd- oder Urnenbestattung. In einer Einzelgrabstätte dürfen bis zu 4 Urnen bestattet werden.
- (3) In Mehrfachgrabstätten können mehrere Verstorbene (Leiche) jeden Alters beigesetzt werden und dienen der Erd- oder Urnenbestattung. Die Anzahl der möglichen Beisetzungen Verstorbener richtet sich nach der Lage der Grabstätte. In jeder Grabstelle eines Mehrfachgrabes dürfen bis zu 4 Urnen bestattet werden.
- (4) Das Nutzungsrecht endet zunächst nach Ablauf von 15 Jahren und kann spätestens innerhalb eines Monats nach Ablauf des Nutzungsrechts erneut vom Nutzungsberechtigten oder einer zu ihm verwandten Person für weitere 5 Jahre erworben werden. Mehrere Verlängerungen sind zulässig.

- (5) Eine Tieferlegung ist nicht zulässig.
- (6) Umbettungen aus einer Einzelgrabstätte in eine andere Einzelgrabstätte oder in eine Mehrfachgrabstätte können, wenn gesetzliche Vorschriften über die Ausgrabung und Umbettung von Leichen nicht entgegenstehen, zugelassen werden.
- (7) Für die zum Zeitpunkt der Wirksamkeit dieser Satzung bereits erworbenen Nutzungsrechte verbleibt es bei der für den damaligen Sterbefall festgesetzten und abgerechneten Dauer des Nutzungsrechts. Für danach folgende oder während der Dauer dieses Nutzungsrechts neu zu erwerbende Nutzungsrechte gelten die Bestimmungen dieser Satzung.

§ 12 Kindergrabstätten

- (1) Kindergrabstätten sind Einzelgrabstätten. Sie dienen zur Erd- oder Urnenbestattung von Verstorbenen bis zu einem Alter von 12 Jahren.
- (2) Das Nutzungsrecht endet zunächst nach Ablauf von 10 Jahren und kann spätestens innerhalb eines Monats nach Ablauf des Nutzungsrechts erneut vom Nutzungsberechtigten oder einer zu ihm verwandten Person für weitere 5 Jahre erworben werden. Mehrere Verlängerungen sind zulässig.
- (3) Innerhalb der Ruhefrist ist die Belegung einer Kindergrabstätte mit einer zweiten Leiche unzulässig, ausgenommen Totgeburten.
- (4) Für die zum Zeitpunkt der Wirksamkeit dieser Satzung bereits erworbenen Nutzungsrechte verbleibt es bei der für den damaligen Sterbefall festgesetzten und abgerechneten Dauer des Nutzungsrechts. Für danach folgende oder während der Dauer dieses Nutzungsrechts neu zu erwerbende Nutzungsrechte gelten die Bestimmungen dieser Satzung.

§ 13 Aschenreste und Urnenbeisetzungen

- (1) Aschenreste und Urnen müssen den Vorschriften der §§ 17 und 27 BestV entsprechen.
- (2) Urnen können in Urnenerdgrabstätten, Stein-Urnen-Stelenanlage sowie Baum-Urnen-Stelenanlagen als Gemeinschaftsgrab, naturnahen Urnengrabstätten und in einer namenlosen (anonymen) Urnengrabstätte beigesetzt werden. Urnen für Erdbestattungen müssen aus biologisch abbaubarem Material bestehen. Holzurnen müssen leicht verrottbar sein und dürfen nicht aus Hartholz hergestellt sein.
- (3) In der Abteilung K, K1 dürfen in einem Urnengrab nicht mehr als 2 Urnen bestattet werden. In der Abteilung K2, K3 und K4 dürfen bis zu 4 Urnen bestattet werden. In den Gemeinschaftsgrabanlagen dürfen je Grabstelle 1 Urne bestattet werden. In der Abteilung B und F2 dürfen in einem Urnengrab nicht mehr als 4 Urnen bestattet werden. In der Abteilung N dürfen pro Baumgrabplatz 2 Urnen bestattet werden. In den anderen Grabstellen im Feld N ist jeweils nur eine Urne möglich.
- (4) Das Nutzungsrecht endet zunächst nach Ablauf von 10 Jahren und kann spätestens innerhalb eines Monats nach Ablauf des Nutzungsrechts erneut vom Nutzungsberechtigten oder einer zu ihm verwandten Person für weitere 5 Jahre erworben werden. Mehrere Verlängerungen sind zulässig.
- (5) Für das Nutzungsrecht an Urnengrabstätten gelten die §§ 15 und 16 entsprechend.
- (6) Namenlose (anonyme) Urnengrabstätten sind Grabstätten für die Beisetzung von Urnen, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhefrist eingeräumt werden. Die Urne muss aus biologisch abbaubarem Material bestehen. Im Namenlosen (anonymen) Grab dürfen nur

Urnen ohne Überurne (aus Maisstärke, Zellulose oder Zellstoff) beigesetzt werden.

- (7) Das Grabnutzungsrecht an namenlosen (anonymen) Urnengrabstätten obliegt ausschließlich der Gemeinde. Der Erwerb eines Nutzungsrechts ist nicht möglich.
- (8) Wird das abgelaufene Nutzungsrecht nicht mehr verlängert, ist die Gemeinde berechtigt, an der von ihr bestimmten Stelle des Friedhofs (anonymes Urnensammelgrab) Aschenreste in würdiger Weise der Erde zu übergeben und evtl. vorhandene Urnen dauerhafter und wasserdichter Art zu entsorgen.
- (9) Für die zum Zeitpunkt der Wirksamkeit dieser Satzung bereits erworbenen Nutzungsrechte verbleibt es bei der für den damaligen Sterbefall festgesetzten und abgerechneten Dauer des Nutzungsrechts. Für danach folgende oder während der Dauer dieses Nutzungsrechts neu zu erwerbende Nutzungsrechte gelten die Bestimmungen dieser Satzung.

§ 14 Größe der Grabstätten

- (1) Für die Einteilung der Grabstätten ist der Belegungsplan maßgebend. Die Gräber werden nach den jeweils erforderlichen Ausmaßen ausgehoben. Die einzelnen Grabstätten haben folgende Ausmaße:

	Bezeichnung	Länge	Breite
a)	Einzelgrabstätte	2,20 m	0,90 m
b)	Mehrfachgrabstätte mit zwei Grabstellen	2,20 m	1,60 m
c)	Mehrfachgrabstätte mit drei Grabstellen	2,20 m	2,40 m
d)	Mehrfachgrabstätte mit vier Grabstellen	2,20 m	3,20 m
e)	Urnenerdgrabstätte in Abteilung K, K1	0,90 m	0,70 m
f)	Urnenerdgrabstätte in Abteilung K2, K3, K4	1,10 m	0,90 m
g)	Kindergrabstätten	1,50 m	0,50 m
h)	Grabstätte in Urnen-Stelenanlage als Gemeinschaftsgrab	0,50 m	0,50 m
i)	Grabstätten in Abteilung N	0,30 m	0,30 m

- (2) Die Tiefe einer Erdgrabstätte von der Erdoberfläche bis zur Sohle beträgt bei Verstorbenen im Alter von mehr als 12 Jahren mindestens 1,80 m. Bei Verstorbenen im Alter von 7 bis 12 Jahren beträgt die Tiefe des Grabes mindestens 1,30 m, bei Verstorbenen im Alter von 2 bis 7 Jahren mindestens 1,10 m und bei Verstorbenen im Alter von weniger als 2 Jahren mindestens 0,80 m. Die Tiefe eines Urnenerdgrabstätte von der Erdoberfläche bis zur Sohle beträgt mindestens 0,80 m.

§ 15 Rechte an Grabstätten

- (1) An einer belegungsfähigen Grabstätte kann ein Nutzungsrecht erworben werden. Das Nutzungsrecht wird auf die Dauer der Ruhefrist verliehen, wenn der Erwerb anlässlich eines Todesfalls erfolgt.
- (2) Das Nutzungsrecht an den Grabstätten wird nur an einzelne natürliche und volljährige Personen nach Entrichtung der Grabnutzungsgebühr (siehe Friedhofsgebührensatzung – FGS) verliehen. Das Nutzungsrecht entsteht mit Zuteilung der Grabstätte durch die Gemeinde.
- (3) Das Nutzungsrecht an Grabstätten kann gegen erneute Zahlung der entsprechenden Grabnutzungsgebühr um weitere 5 Jahre verlängert werden, wenn der Nutzungsberechtigte vor Ablauf des Rechtes die Verlängerung bei der Friedhofsverwaltung beantragt und der Platzbedarf des Friedhofs es zulässt.
- (4) Nach Erlöschen des Nutzungsrechts kann die Gemeinde über die Grabstätte anderweitig verfügen. Hierüber wird in der Regel
 - 1. der bisherige Nutzungsberechtigte
 - 2. die Angehörigen in gerader Linie des zuletzt Verstorbenen

3. die Erben des zuletzt Verstorbenen
4. die Pfleger der Grabstelle
des Grabes rechtzeitig von der Gemeinde benachrichtigt.

- (5) In den Fällen, in denen die Ruhefrist des zu bestattenden Sarges oder der Urnen über die Zeit hinausreicht, für die bereits das Recht an einem Grabplatz besteht, ist das Nutzungsrecht im Voraus für die Dauer der vorgeschriebenen Ruhefristen zu erwerben.
- (6) Der Erwerb eines Nutzungsrechts vor Eintritt eines Todesfalls ist grundsätzlich nicht möglich.

Abweichend hiervon können Einwohner der Gemeinde oder diesen im Sinne von § 3 Absätze 1 bis 3 gleichgestellte Personen unabhängig von einem Todesfall ein Grabnutzungsrecht für die spätere Zuteilung (Abs. 2 Satz 2) einer bestimmten Grabstätte beantragen, wenn und soweit die tatsächliche Auslastung des Friedhofs dies zulässt (Vorreservierung).

Wird ein Grabnutzungsrecht unabhängig von einem Todesfall reserviert, so wird dies mindestens für die der Vorreservierung entsprechenden Ruhefrist (§ 30) verliehen. Im Bestattungsfall beginnt die Ruhefrist, die restliche Nutzungszeit aus der Vorreservierung wird angerechnet. Nach Ablauf des Zeitraums für die Vorreservierung ist eine Verlängerung um einen weiteren Zeitraum von 5 Jahren möglich. Wird die Vorreservierung nicht verlängert, erlischt der Anspruch auf Zuteilung der vorreservierten Grabstelle.

Von der Möglichkeit der Vorreservierung ausgeschlossen bleiben jedoch ausnahmslos die Abteilungen F4, K2, K3 und K4.

- (7) Im Feld N besteht die Möglichkeit einer Vorreservierung bis zu einem bestimmten Belegungsgrad der Grabstellen. Der Belegungsgrad wird von der Friedhofsverwaltung festgelegt.
- (8) Nach Ablauf der Ruhefrist kann der Grabnutzungsberechtigte aus wichtigem Grund auf ein darüber hinaus verliehenes Grabnutzungsrecht verzichten. Der Verzicht wird erst mit schriftlicher Annahme der Verzichtserklärung durch den Friedhofsträger wirksam.
- (9) Jede Änderung der Anschrift des Nutzungsberechtigten ist der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.

§ 16 Übertragung von Nutzungsrechten

- (1) Zu Lebzeiten des Nutzungsberechtigten kann die Umschreibung eines Grabnutzungsrechtes der Ehegatte, der eingetragene Lebenspartner oder ein Familienmitglied beanspruchen, wenn der Nutzungsberechtigte zugunsten dieses Angehörigen schriftlich auf das Grabnutzungsrecht verzichtet hat.
- (2) Nach dem Tode des Nutzungsberechtigten kann derjenige die Umschreibung eines laufenden Grabnutzungsrechtes auf seinen Namen beanspruchen, dem es vom Nutzungsberechtigten in einer letztwilligen, rechtsgültigen Verfügung zugewendet wurde. Bei einer Verfügung zu Gunsten mehrerer Personen hat die erstgenannte Person Vorrang. Stirbt der Nutzungsberechtigte ohne eine Verfügung hinterlassen zu haben, so kann das Nutzungsrecht auf Antrag auf die in § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BestV genannten bestattungspflichtigen Personen übertragen werden. Innerhalb der Reihenfolge des § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BestV hat die ältere Person Vorrecht vor der jüngeren. Haben Vorberechtigte innerhalb von sechs Monaten keinen Antrag auf Übertragung des Nutzungsrechts gestellt, so wird das Nutzungsrecht auf Antrag einer nachberechtigten Person verliehen. Stimmen alle Vorberechtigten zu, so kann das Nutzungsrecht auch in begründeten Einzelfällen auf einen dem Verstorbenen nahestehenden Dritten (z. B. Lebensgefährten oder Stiefkind) übertragen werden.
- (3) Über die Umschreibung erhält der neue Grabnutzungsberechtigte eine schriftliche Benachrichtigung durch die Gemeinde.

- (4) Der Anspruch auf Übertragung des Nutzungsrechts erlischt, wenn alle Berechtigten die Übernahme ablehnen oder es kein Berechtigter innerhalb eines Jahres seit Beisetzung des verstorbenen Nutzungsberechtigten übernimmt. In diesem Fall kann die Grabstätte während der Ruhefrist zur Betreuung an Personen überlassen werden, die zu dem Bestatteten eine persönliche Verbindung hatten.
- (5) Bei Grabstätten, an denen nach einer Bestattung niemand das Grabnutzungsrecht nach Abs. 2 oder das Betreuungsrecht nach Abs. 4 Satz 2 übernimmt, sorgt die Friedhofsverwaltung auf Kosten eines Verpflichteten (Erbe bzw. Bestattungspflichtiger gem. § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BestV) für die Erstanlage (Aufstellen eines mehrfach verwendbaren Grabmals, Begrünung) und die Pflege der Grabstätte während der Ruhefrist. Gegen vollständigen Kostenersatz können Grabnutzungsrecht und Grabmal erworben werden.

§ 17 Pflege und Instandhaltung der Gräber

- (1) Jede Grabstätte ist spätestens zwölf Monate nach der Beisetzung bzw. nach der Verleihung des Nutzungsrechtes würdig herzurichten, gärtnerisch anzulegen und in diesem Zustand zu erhalten.
- (2) Bei allen Grabstätten sind der Nutzungsberechtigte oder – sofern dieser verstorben ist – die in § 16 Abs. 2 genannten Personen zur ordnungsgemäßen Anlage, Pflege und Instandhaltung des Grabes verpflichtet.
- (3) Kommt der Nutzungsberechtigte oder der sonst Verpflichtete (siehe § 16 Abs. 2) seiner Verpflichtung nicht nach, kann ihn die Friedhofsverwaltung unter Fristsetzung auffordern, den ordnungsgemäßen Zustand herzustellen. Nach Ablauf der Frist können zur Herbeiführung des ordnungsgemäßen Zustandes erforderliche Maßnahmen auf Kosten des Verpflichteten getroffen werden (Ersatzvornahme, § 32). Die Ersatzvornahme beinhaltet die Begrünung der Grabstätte und ggf. Beseitigung der Grabeinfassung.
- (4) Ist der Aufenthalt des Nutzungsberechtigten oder der Aufenthalt bzw. die Existenz des sonst Verpflichteten nicht bekannt, ergeht eine befristete öffentliche Aufforderung. Nach Ablauf dieser Frist ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte auf Kosten eines Verpflichteten gem. § 16 Abs. 2 in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen oder abzuräumen und einzuebnen.

§ 18 Gärtnerische Gestaltung der Gräber

- (1) Zur Bepflanzung der Grabstätten sind nur geeignete Gewächse zu verwenden, welche die benachbarten Gräber und Anpflanzungen nicht beeinträchtigen. Die Höhe und Form der Grabhügel und die Art ihrer Gestaltung sind dem Gesamtbild des Friedhofs, dem besonderen Charakter des Friedhofsteils und der unmittelbaren Umgebung anzupassen und dürfen in der Regel nicht höher als die Grabmale sein.
- (2) Anpflanzungen aller Art neben den Gräbern werden ausschließlich von der Gemeinde ausgeführt. In besonderen Fällen können Ausnahmen von der Gemeinde zugelassen werden, wenn benachbarte Gräber nicht beeinträchtigt werden.
- (3) Das Anpflanzen hochgewachsener Gehölze (Zwergsträucher, strauch- oder baumartige Pflanzen, Bäume) auf den Gräbern bedarf der Erlaubnis der Gemeinde.
- (4) Alle gepflanzten Gehölze gehen entschädigungslos in die Verfügungsbefugnis der Gemeinde über, wenn sie vom Nutzungsberechtigten nach Ablauf der Ruhefrist oder des Nutzungsrechts nicht abgeräumt worden sind. Der Schnitt und die Beseitigung zu stark wachsender oder absterbender Bäume und Sträucher kann angeordnet werden. Wird die notwendige Maßnahme nicht innerhalb der hierfür dem Nutzungsberechtigten gesetzten Frist durchgeführt, so werden die Arbeiten von der Friedhofsverwaltung auf seine Kosten durchgeführt (Ersatzvornahme, § 32).

- (5) Verwelkte Blumen und verdorrte Kränze sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen.
- (6) Bei der Stein-Urnen-Stelenanlage als Gemeinschaftsgrab (Abteilung U1, U3, U3A, U4, U4A) dürfen Blumen und Kerzen nur auf den dafür vorgesehenen Platten abgelegt werden.
- (7) Bei der Baum-Urnen-Stelenanlage als Gemeinschaftsgrab (Abteilung U2), sowie der naturnahen Grabstellen (Abteilung N) sind keine Blumen, Kerzen und Figuren etc. erlaubt.
- (8) Die Graboberfläche des namenlosen (anonymen) Urnengrabes (Abteilung L) wird durch die Gemeinde gestaltet und gepflegt. Grabsteine oder sonstige Ausstattungen (z.B. Blumen, Figuren, Kerzen) dürfen auf dem namenlosen (anonymen) Urnengrab nicht angebracht werden.
- (9) Das Feld N ist eine naturnahe Abteilung. Dieses Feld wird 1-2 mal jährlich gemäht, ansonsten findet keine Unkrautbekämpfung statt. Gärtnerische Arbeiten werden ausschließlich von der Gemeinde durchgeführt. In den Wintermonaten gibt es mit Ausnahme von Bestattungen, keine Schneeräumung. Bei Schäden an den Bäumen, die zu einer Fällung führen, wird ein neuer Jungbaum an geeigneter Stelle nachgepflanzt.

§ 19 Ablage und Entfernung von Blumenschmuck im Bestattungsfall bei den Gemeinschaftsgräbern

- (1) Bei der Stein-Urnen-Stelenanlage (Abteilung U1, U3, U3A, U4 u. U4A) ist die Gemeinde berechtigt den Blumenschmuck eine Woche nach der Bestattung abzuräumen.
- (2) Ausschließlich im Bestattungsfall darf in den Grabfeldern der Abteilungen L, U2 und N Blumenschmuck an der Grabstelle abgelegt werden. Dieser wird nach 4 Tagen von der Gemeinde entfernt.

§ 20 Erlaubnisvorbehalt für Grabmale und bauliche Anlagen

- (1) Die Errichtung von Grabmalen und sonstigen baulichen Anlagen oder deren Änderung bedarf – unbeschadet sonstiger Vorschriften – der Erlaubnis der Gemeinde. Die Gemeinde ist berechtigt, soweit das zur Wahrung der Rechte anderer notwendig ist und der Friedhofszweck es erfordert, Anordnungen zu treffen, die sich auf Einfriedungen, Einfassungen und sonstige bauliche Anlagen beziehen.
- (2) Die Erlaubnis ist rechtzeitig vor Anfertigung oder Veränderung des Grabmales oder der baulichen Anlage bei der Gemeinde durch den Grabnutzungsberechtigten zu beantragen, wobei die Maße des § 22 zugrunde zu legen sind. Der Grabmalantrag der Gemeinde Blaichach ist zu verwenden. Dem Antrag ist beizufügen:
 - a) der maßstabgetreue Grabmalentwurf bzw. der maßstabgetreue Entwurf der baulichen Anlage mit Grundriss und Seitenansicht unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form und der Anordnung.
 - b) maßstabgetreue Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhalts, der Form, der Farbe und der Anordnung.
 - c) Nach Abschluss der Arbeiten ist die Fertigstellungsanzeige bei der Gemeinde einzureichen.
- (3) Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn die Anlage nicht den Vorschriften der §§ 21 und 22 dieser Satzung entspricht. Geringfügige Abweichungen hiervon können im Einzelfall genehmigt werden.
- (4) Die Vollabdeckung eines Erdgrabes (Platte) kann im Einzelfall durch die Gemeinde genehmigt oder versagt werden.

- (5) Ohne Erlaubnis aufgestellte Grabmale und sonstige bauliche Anlagen sind nach schriftlicher Aufforderung an den Nutzungsberechtigten unter angemessener Fristsetzung zu entfernen. Ist der Aufenthalt des Nutzungsberechtigten oder der Aufenthalt bzw. die Existenz des sonst Verpflichteten nach § 16 Abs. 2 nicht bekannt, ergeht eine befristete öffentliche Aufforderung. Kommt der Nutzungsberechtigte nicht fristgerecht der Aufforderung nach, so ist die Gemeinde berechtigt auf Kosten des Nutzungsberechtigten oder sonst Verpflichteten das Grabmal zu entfernen und zu verwerten, wenn es den sicherheitsrechtlichen Anforderungen nicht genügt oder den gestalterischen Merkmalen der §§ 21 und 22 widerspricht (Ersatzvornahme, § 33).
- (6) Die nicht erlaubnispflichtigen provisorischen Grabmale sind nur als naturlasierte Holztafeln oder -kreuze zulässig und dürfen nicht länger als zwei Jahre nach der Beisetzung verwendet werden.
- (7) Grabmale und sonstige bauliche Anlagen müssen dem Friedhofszweck entsprechen; sie müssen so gestaltet sein, dass die Würde des Friedhofs als Ruhestätte der Verstorbenen gewahrt ist.
- (8) Für die zum Zeitpunkt der Wirksamkeit dieser Satzung bereits bestehenden Grabstätten bleiben die in der Genehmigung zur Errichtung dieser Grabstätte festgelegten oder die der Genehmigung zugrunde gelegten Maße weiterhin gültig. Darüber hinaus gehende Anforderungen richten sich nur noch nach den Regelungen dieser Satzung. Eine Verpflichtung zur Anpassung bestehender Grabstätten an evtl. abweichende gestalterische Anforderungen dieser Satzung besteht bis zum Ablauf des zum Zeitpunkt der Wirksamkeit dieser Satzung noch verbleibenden Nutzungsrechts nicht. Die Gemeinde kann nach Ablauf des Nutzungsrechts eine Anpassung der Grabstätte an die Anforderungen dieser Satzung verlangen.

§ 21 Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit

Grabsteine und Grabeinfassungen aus Naturstein dürfen nur aufgestellt werden, wenn sie nachweislich ohne schlimmste Formen von Kinderarbeit im Sinne von Art. 3 des Übereinkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 17. Juni 1999 über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Folgen von Kinderarbeit (BGBl. 2001 II S. 1290, 1291) hergestellt worden sind und hierfür ein Nachweis gemäß Art. 9a Abs. 2 BestG in der jeweils geltenden Fassung vorgelegt wird. Die Herstellung im Sinne dieser Vorschrift umfasst sämtliche Bearbeitungsschritte von der Gewinnung des Natursteins bis zum Endprodukt. Eines Nachweises gemäß Satz 1 bedarf es nicht, wenn der Letztveräußerer glaubhaft macht, dass die Grabsteine oder Grabeinfassungen aus Naturstein oder deren Rohmaterial vor dem 01. September 2016 in das Bundesgebiet eingeführt wurden.

§ 22 Ausmaße und Gestaltung der Grabmäler und Einfassungen

- (1) Grabmale dürfen im Regelfall folgende Ausmaße nicht überschreiten:

	Bezeichnung	Abteilung	Höhe	Breite
a)	Bei Einzelgrabstätten § 11	A, AA, A1, D, E, F1, F3, F4	1,40 m	0,80 m
b)	Bei Mehrfachgrabstätten § 11	A, AA, A1, D, E, F1, F3, F4	1,50 m	1,30 m
c)	Bei Kindergrabstätten § 12	J1, J2	0,70 m	0,50 m
d)	Bei Urnenerdgrabstätten § 13	K, K1	0,70 m	0,60 m
e)	Bei Urnenerdgrabstätten § 13	B, F2, K2, K3, K4	1,10 m	0,60 m

Grundsätzlich besteht die Pflicht zur Errichtung eines stehenden oder liegenden Grabmals. Die Grabmäler bei den Stein-Urnen-Stelenanlagen, der Baum-Urnen-Stelenanlage, die namenlose (anonyme) Urnengrabstätte sowie die Urnengräber in der Abteilung N als Gemeinschaftsgrab werden durch die Gemeinde gestaltet. Weitere Grabmäler sind nicht zulässig.

(2) Die Grabeinfassungen sollen im Regelfall in folgenden Ausmaßen hergestellt werden:

	Bezeichnung	Abteilung	Länge	Breite
a)	Bei Einzelgrabstätten § 11	A, AA, A1, D, E, F1, F3, F4	1,70 m	0,90 m
b)	Bei Mehrfachgrabstätten § 11	A, AA, A1, D, E, F1, F3, F4	1,70 m	1,60 m
c)	Bei Kindergrabstätten § 12	J1, J2	0,90 m	0,50 m
d)	Bei Urnenerdgrabstätten § 13	K, K1	0,90 m	0,70 m
e)	Bei Urnenerdgrabstätten § 13	F2, K2, K3, K4	1,10 m	0,90 m

Die Grabeinfassungen sind grundsätzlich aus Stein herzustellen. In den Abteilungen B, U1, U2, U3, U3A, U4, U4A, und N dürfen keine Grabeinfassungen verwendet werden.

(3) Schriftplatten zum Einbringen in die bereitgestellten Urnen-Stelenanlagen als Gemeinschaftsgrab haben zwingend folgendes Maß:

	Bezeichnung	Abteilung	Länge	Breite
a)	Bei Stein-Urnen-Stelenanlage § 13	U1, U3, U3A, U4, U4A	0,15 m	0,15 m
b)	Bei Baum-Urnen-Stelenanlage § 13	U2	0,20 m	0,12 m
c)	Naturnahe Gräber	N	0,25 m	0,12 m

Die Gestaltung der Schriftplatten obliegt dem Grabnutzungsberechtigten. Bei der Baum-Urnen-Stelenanlage, sowie die naturnahen Gräber (Abt. N) wird die Schriftplatte von der Gemeinde gestellt. Die Gestaltung der Schriftplatten bei den naturnahen Gräbern (Abt. N) darf nur den Namen, Geburts- und Sterbedatum, sowie Ornamente enthalten. Die von der Gemeinde gestellten Schriftplatten werden nach der Gestaltung von der Gemeinde angebracht. Für jeden Verstorbenen ist eine eigene Platte anzubringen.

- (4) In den Abteilungen K und K1 sollen die Gräber mit einer Grabplatte geschlossen werden.
- (5) Jedes Grabmal muss dem Widmungszweck des gemeindlichen Friedhofs (§ 2) Rechnung tragen und sich in die Umgebung der Grabstätte einfügen. Die Gemeinde ist insoweit berechtigt, Anforderungen hinsichtlich Werkstoffs, Art und Farbe des Grabmals zu stellen.
- (6) Eine Überschreitung der Ausmaße gem. Abs. 1 und Abs. 2 ist auf Antrag im Einzelfall zulässig, sofern sie im Übrigen mit dem Friedhofszweck vereinbar ist und die Gemeinde die Erlaubnis erteilt.
- (7) Inhalt und Gestaltung der Inschrift müssen mit der Würde des Friedhofs in Einklang stehen.
- (8) Grabmale und Grabeinfassungen sind spätestens 24 Monate nach der Beisetzung bzw. nach der Verleihung des Nutzungsrechtes anzulegen. Von dieser Pflicht sind nur Nutzungsberechtigte gem. § 15 Abs. 6 (Vorreservierung) befreit.

§ 23 Gründung, Erhaltung und Entfernung von Grabmalen

(1) Jedes Grabmal muss seiner Größe entsprechend dauerhaft und standsicher gegründet werden. Die Fundamente sind nach den neuesten Bestimmungen und den anerkannten Regeln der Baukunst durch fachkundige Firmen zu setzen. Maßgeblich für die bei der Errichtung der Grabmale und der jährlichen Standsicherheitsprüfung geltenden anerkannten Regeln der Baukunst ist die Technische Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA-Grabmal) sowie die Anleitung zur Standsicherheitsprüfung von Grabmalen des Verbandes der Friedhofsverwalter Deutschlands e.V.) in der jeweils aktuellen Fassung. Für alle neu errichteten, versetzten und reparierten Grabmale hat der Steinmetz oder sonstige Gewerbetreibende mit gleichwertiger Qualifikation eine Eingangskontrolle mit der jeweiligen Gebrauchslast durchzuführen. Der Prüfablauf ist nachvollziehbar zu

dokumentieren. Spätestens sechs Wochen nach Fertigstellung der Grabmalanlage ist die Abnahmebescheinigung mit dem Prüfvermerk entsprechend den Anforderungen der TA Grabmal durch den Nutzungsberechtigten der Friedhofsverwaltung vorzulegen.

- (2) Der Grabnutzungsberechtigte hat das Grabmal in einem ordnungsgemäßen, sicheren Zustand zu erhalten. Er ist für Schäden verantwortlich, die insbesondere durch Umfallen des Grabmales oder Abstürzen von Teilen desselben verursacht werden. Grabmale, die sich nicht in einem ordnungsgemäßen Zustand befinden, können nach vorangegangener schriftlicher Aufforderung auf Kosten des Nutzungsberechtigten oder der in § 16 Abs. 2 genannten Personen instandgesetzt oder entfernt werden, wenn die Wiederherstellung verweigert oder innerhalb der gesetzten Frist nicht durchgeführt wird (Ersatzvornahme, § 33). Kann aufgrund der akut drohenden Gefahr durch ein nicht standsicheres Grabmal eine schriftliche Aufforderung an den Nutzungsberechtigten zur Wiederherstellung der Standsicherheit unter Fristsetzung nicht abgewartet werden, ist die Gemeinde berechtigt, die Gefahrenstelle abzusperren, das Grabmal provisorisch zu sichern oder umzulegen.
- (3) Der Nutzungsberechtigte und die in seinem Auftrag handelnden Personen haften für jede durch die Errichtung von Grabmalen und baulichen Anlagen entstehenden Beschädigungen der Grab- und Friedhofsanlagen.
- (4) Grabmale und bauliche Anlagen (§§ 20 und § 22) dürfen vor Ablauf der Ruhefrist oder des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Erlaubnis der Gemeinde entfernt werden.
- (5) Nach Ablauf der Ruhefrist und des Nutzungsrechts sind die Grabmale nach schriftlicher Aufforderung der Gemeinde durch den vorher Nutzungsberechtigten oder den nach § 16 Abs. 2 Verpflichteten innerhalb von 3 Monaten zu entfernen. Die Grabstätten sind fachgerecht (verdichtet mit Humus, sowie Ansaat) einzuebnen. Kommt der Nutzungsberechtigte oder der sonst Verpflichtete seiner Verpflichtung nicht nach, kann ihn die Friedhofsverwaltung unter erneuter Fristsetzung auffordern, den ordnungsgemäßen Zustand herzustellen. Nach Ablauf der Frist können zur Herbeiführung des ordnungsgemäßen Zustandes erforderliche Maßnahmen auf Kosten des vormals Nutzungsberechtigten oder sonst Verpflichteten getroffen werden (Ersatzvornahme, § 33). Ist der Aufenthalt des Nutzungsberechtigten oder der Aufenthalt bzw. die Existenz des sonst Verpflichteten nicht bekannt, ergeht eine befristete öffentliche Aufforderung. Nach Ablauf dieser Frist ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte auf Kosten des Nutzungsberechtigten oder eines Verpflichteten abzuräumen und einzuebnen. Grabmale, Einfriedungen und sonstiger Grabschmuck gehen infolge der Eigentumsaufgabe durch den vormals Nutzungsberechtigten in das Eigentum der Gemeinde über.
- (6) Künstlerisch oder geschichtlich wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart des Friedhofs aus früheren Zeiten gelten, unterstehen dem besonderen Schutz der Gemeinde. Die Entfernung oder Änderung solcher Anlagen auch nach Ablauf der Ruhefrist und des Grabnutzungsrechts bedarf der besonderen Erlaubnis der Gemeinde.

IV. Bestattungsvorschriften

§ 24 Leichenhaus

- (1) Das Leichenhaus dient der Aufbewahrung der Leichen, bis sie bestattet oder überführt werden und zur Aufbewahrung von Aschenresten feuerbestatteter Verstorbener bis zur Beisetzung im Friedhof. Es darf nur mit Erlaubnis der Friedhofsverwaltung betreten werden.
- (2) Die Verstorbenen werden im Leichenhaus aufgebahrt. Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Hinterbliebenen die Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten sehen. Die Bestattungspflichtigen (§ 15 BestV) entscheiden, ob die Aufbahrung im offenen oder geschlossenen Sarg erfolgt. Wird darüber keine Bestimmung getroffen, bleibt der Sarg geschlossen. Dies gilt auch bei entsprechender Anordnung des Amts- oder Leichenschauarztes. Leichen von Personen, die bei Eintritt des Todes an einer übertragbaren Krankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes erkrankt waren, werden in einem gesonderten

Raum untergebracht. Der Zutritt zu diesem Raum und die Besichtigung der Leichen bedürfen der vorherigen Erlaubnis des Amtsarztes.

- (3) Für die Beschaffenheit von Särgen, Sargausstattungen und für die Bekleidung von Leichen gelten die Vorschriften des § 30 BestV.

§ 25 Leichenhausbenutzungszwang

- (1) Jede Leiche ist spätestens 24 Stunden vor der Bestattung in das gemeindliche Leichenhaus zu verbringen.
- (2) Dies gilt nicht, wenn
- a) der Tod in einer Anstalt (z. B. Krankenhaus, Klinik, Alten- bzw. Pflegeheim u. a.) eingetreten ist und dort ein geeigneter Raum für die Aufbewahrung der Leiche vorhanden ist,
 - b) die Leiche zum Zwecke der Überführung an einen auswärtigen Bestattungsort freigegeben und innerhalb einer Frist von 24 Stunden überführt wird,
 - c) die Leiche in einem privaten Krematorium verbrannt werden soll und sichergestellt ist, dass die Voraussetzungen des § 17 BestV vom Träger der Bestattungsanlage geprüft werden.

§ 26 Leichentransport

Zur Beförderung von Leichen im Gemeindegebiet sind Leichenwagen zu benutzen. Die Beförderung der Leichen hat durch ein geeignetes Bestattungsunternehmen zu erfolgen. Für die Anforderungen an die Sargbeschaffenheit und das Bestattungsfahrzeug gelten die §§ 12 und 13 BestV.

§ 27 Leichenbesorgung

Reinigen, Ankleiden und Einsargen der Leichen hat durch einen geeigneten Bestatter zu erfolgen.

§ 28 Friedhofs- und Bestattungspersonal

- (1) Die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Bestattung stehenden Verrichtungen auf dem gemeindlichen Friedhof werden von der Gemeinde hoheitlich ausgeführt und insoweit ein Benutzungszwang angeordnet. Dies gilt insbesondere für
- a) das Ausheben und Verfüllen des Grabes,
 - b) das Versenken des Sarges,
 - c) die Beisetzung von Urnen,
 - d) die Überführung des Sarges/der Urne von der Halle zur Grabstätte einschließlich der Stellung der Träger,
 - e) die Ausgrabung und Umbettung (Exhumierung von Leichen und Gebeinen sowie Urnen) einschließlich notwendiger Umsargungen,
 - f) das Ausschmücken des Aufbahrungsraums und der Aussegnungshalle (Grundausstattung mit Trauerschmuck).

Die Gemeinde kann mit der Durchführung der hoheitlichen Tätigkeiten ein Bestattungsunternehmen als Erfüllungsgehilfen beauftragen.

- (2) Auf Antrag kann die Gemeinde von der Inanspruchnahme des Trägerpersonals nach Abs. 1d) und der Ausschmückung nach Abs. 1f) befreien.

§ 29 Bestattung

- (1) Bestattung im Sinne dieser Satzung ist die Erdbestattung von Leichen oder Leichenteilen sowie die Beisetzung von Aschenurnen unter der Erde. Die Bestattung ist durchgeführt, wenn die Grabstätte verfüllt ist.
- (2) Bei den namenlosen (anonymen) Urnengrabstätten findet die Bestattung ohne Teilnahme der Hinterbliebenen statt.
- (3) Bei Erdbestattungen wird der Sarg während der Aussegnung nicht unter die Erde gelassen. Die zur Erde Führung des Sarges findet ohne Teilnahme der Hinterbliebenen statt.
- (4) Für Erdbestattungen sind Säрге aus Vollholz zu verwenden. Die Verwendung anderer Materialien ist unter Berücksichtigung der Anforderungen in § 30 Abs. 1 Satz 2 BestV zulässig.

§ 30 Anzeigepflicht und Bestattungszeitpunkt

- (1) Bestattungen sind unverzüglich nach Eintritt des Todes der Gemeinde anzuzeigen; die erforderlichen Unterlagen sind vorzulegen.
- (2) Den Zeitpunkt der Bestattung setzt die Gemeinde im Benehmen mit den Hinterbliebenen, dem Bestattungsunternehmen und ggf. mit dem zuständigen Pfarramt fest.

§ 31 Ruhefrist

- (1) Die Ruhefrist für Verstorbene bis zu einem Alter von 10 Jahren beträgt 10 Jahre, für Verstorbene im Alter von mehr als 10 Jahren 15 Jahre. Für Aschereste feuerbestatteter Verstorbener gilt eine Ruhefrist von 10 Jahren. Die Ruhefrist beginnt am Tag der Bestattung.
- (2) Für totgeborene Kinder wird keine Ruhefrist festgesetzt.

§ 32 Exhumierung und Umbettung

- (1) Die Exhumierung und Umbettung von Leichen und Urnen bedarf unbeschadet sonstiger gesetzlicher Vorschriften der vorherigen Erlaubnis der Gemeinde.
- (2) Soweit Exhumierungen von Leichen nicht vom Gericht oder einer Behörde angeordnet werden, sollen sie nur in den Monaten Oktober bis März und zwar außerhalb der Besuchszeiten erfolgen.
- (3) Zur Exhumierung und Umbettung bedarf es eines Antrages des Grabnutzungsberechtigten.
- (4) Angehörige und Zuschauer dürfen einer Exhumierung, bzw. Umbettung nicht beiwohnen. Der Friedhof kann während einer Exhumierung, bzw. Umbettung ganz oder teilweise geschlossen werden.
- (5) Die Gemeinde hat das Recht, bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 5 Abs. 3 Satz 1, Exhumierungen oder Umbettungen auch ohne Zustimmung des Grabnutzungsberechtigten vorzunehmen.
- (6) Im Übrigen gilt § 21 BestV.

V. Schlussbestimmungen

§ 33 Anordnungen und Ersatzvornahme

- (1) Die Gemeinde kann zur Erfüllung der nach dieser Satzung bestehenden Verpflichtungen Anordnungen für den Einzelfall erlassen. Diesen Anordnungen ist unverzüglich Folge zu leisten.
- (2) Werden die in dieser Satzung festgelegten Handlungspflichten nicht rechtzeitig erfüllt, kann die Gemeinde die Handlung auf Kosten des Pflichtigen vornehmen oder vornehmen lassen. Die Ersatzvornahme ist vorher schriftlich anzudrohen. Dabei ist eine angemessene Frist zu setzen. Ist der Aufenthaltsort des Pflichtigen nicht mehr zu ermitteln, so ersetzt die öffentliche Bekanntmachung die an den Pflichtigen adressierte schriftliche Anordnung. Einer vorherigen Androhung und einer Fristsetzung bedarf es nicht, wenn der Pflichtige nicht erreichbar ist und die Ersatzvornahme zur Abwehr einer drohenden Gefahr notwendig ist.

§ 34 Haftungsausschluss

Die Gemeinde übernimmt für die Beschädigungen, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhofsanlagen entstehen und für Schäden, die durch Beauftragte dritter Personen verursacht werden, keine Haftung.

§ 35 Zuwiderhandlungen

Nach Art. 24 Abs. 2 Satz 2 GO i. V. mit § 17 OWiG kann mit Geldbuße von mindestens 5,00 Euro und höchstens 1.000,00 Euro belegt werden wer:

- a) den Vorschriften über den Benutzungszwang zuwiderhandelt,
- b) die erforderliche Erlaubnis der Gemeinde nicht einholt,
- c) die erstmalige Anlage, Pflege und Instandhaltung der Grabstätten nach den §§ 17 bis 23 nicht satzungsgemäß vornimmt,
- d) sich entgegen den Bestimmungen dieser Satzung nicht ruhig und der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die festgelegten Verbote missachtet.

§ 36 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Benutzung der Bestattungseinrichtungen in der Gemeinde Blaiachach (Bestattungssatzung) vom 29. Oktober 2019 außer Kraft.

Gemeinde Blaiachach, den 02. Dezember 2024

gez.

Christof Endreß
Erster Bürgermeister



Friedhof Ettensberg- Anlage 1 Belegungsplan

hellbraun--Erdbestattungen (A/AA/A1/D/E/F1/F3/F4)

grün--Urnenerdbestattungen (B/F2/K/K1/K2/K3/K4)

blau--Kindergrabstätten (J1/J2)

gelb--Urnentelenanlagen (U1/U2/U3/U4)

pink--anonyme Urnenbestattung

dunkelgrün--naturnahe Urnengräber (N)

rot--Schließung der Grabstätten



Friedhofsgebührensatzung (FGS) der Gemeinde Blaiachach vom 02.12.2024

Aufgrund von Art. 2 und 8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) und Art. 20 des Kostengesetzes erlässt die Gemeinde Blaiachach folgende Satzung:

§ 1 Gebührenpflicht und Gebührenarten

- (1) Die Gemeinde erhebt für die Inanspruchnahme ihrer Bestattungseinrichtungen sowie für damit in Zusammenhang stehende Amtshandlungen Gebühren.
- (2) Als Friedhofsgebühren werden erhoben:
 - a) Grabnutzungsgebühren (§ 4)
 - b) Bestattungsgebühren (§ 5)
 - c) Sonstige Gebühren (§ 6)
 - d) Pflegegebühr (§ 7)

§ 2 Gebührenpflichtiger

- (1) Gebührenpflichtiger ist,
 - a) wer zur Tragung der Bestattungskosten gesetzlich verpflichtet ist,
 - b) wer den Antrag auf Benutzung der Bestattungseinrichtung gestellt hat,
 - c) wer das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erwirbt,
 - d) wer den Auftrag zu einer Leistung erteilt hat.
- (2) Mehrere Gebührenpflichtige sind Gesamtschuldner.
- (3) Bei Verlängerung des Grabnutzungsrechtes sind die Grabnutzungsgebühren vom Grabnutzungsberechtigten zu tragen.

§ 3 Entstehen und Fälligkeit

- (1) Die Grabnutzungsgebühr (§ 4) entsteht mit der Zuteilung oder der Verlängerung des Nutzungsrechts eines Grabs, und zwar
 - a) bei der erstmaligen Zuteilung des Nutzungsrechts für die Dauer der Ruhefrist nach §§ 11 bis 13 und § 31 Friedhofssatzung,
 - b) bei der Verlängerung des Nutzungsrechts nach Ablauf der Ruhefrist für den Zeitraum der Verlängerung,
 - c) bei Bestattung einer Leiche oder Beisetzung einer Urne in einem Grab, für das die Nutzungszeit noch nicht abgelaufen ist, für die Zeit vom Ablauf des bisherigen Nutzungsrechts bis zum Ablauf der neuen Ruhefrist. Die Berechnung erfolgt monatsgenau und beginnt jeweils mit dem 1. Des folgenden Monats.
- (2) Die Bestattungsgebühren (§ 5) entstehen mit der Inanspruchnahme der gebührenpflichtigen Leistung.
- (3) Die sonstigen Gebühren (§ 6) entstehen mit der Erbringung der Leistung durch die Friedhofsverwaltung.
- (4) Die Pflegegebühr (§ 7) entsteht mit Zuteilung des Grabnutzungsrechts.

(5) Die Gebühr wird einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheids fällig.

§ 4 Grabnutzungsgebühren

(1) Die Grabnutzungsgebühren betragen für die Dauer des Nutzungsrechtes je Grabstätte:

	Bezeichnung	Betrag in €
a)	Einzelgrabstätte	1.142,00 €
b)	Mehrfachgrabstätte mit 2 Grabstellen	2.056,00 €
c)	Mehrfachgrabstätte mit 3 Grabstellen	3.084,00 €
d)	Mehrfachgrabstätte mit 4 Grabstellen	4.113,00 €
e)	Kindergrabstätte	228,00 €
f)	Urnenerdgrabstätte in Abteilung K, K1	342,00 €
g)	Urnenerdgrabstätte in Abteilung B, F2, K2, K3, K4	609,00 €
h)	Stein-Urnen-Stelenanlage als Gemeinschaftsgrab U1, U3, U3a, U4, U4a, Naturnahes Feld N (Einzelbelegung)	495,00 €
i)	Baum-Urnen-Stelenanlage als Gemeinschaftsgrab U2	495,00 €
j)	Naturnahes Feld N (Doppelbelegung)	891,00 €
k)	Namenlose (Anonyme) Urnengrabstätte	304,00 €

(2) Eine Verlängerung des Grabnutzungsrechtes für 5 Jahre ist möglich. Hierfür wird folgende Gebühr erhoben:

	Bezeichnung	Betrag in €
a)	Einzelgrabstätte	380,67 €
b)	Mehrfachgrabstätte mit 2 Grabstellen	685,33 €
c)	Mehrfachgrabstätte mit 3 Grabstellen	1.028,00 €
d)	Mehrfachgrabstätte mit 4 Grabstellen	1.371,00 €
e)	Kindergrabstätte	114,00 €
f)	Urnenerdgrabstätte in Abteilung K, K1	171,00 €
g)	Urnenerdgrabstätte in Abteilung B, F2, K2, K3, K4	304,50 €
h)	Stein-Urnen-Stelenanlage als Gemeinschaftsgrab U1, U3, U3a, U4, U4a, Naturnahes Feld N (Einzelbelegung)	247,50 €
i)	Baum-Urnen-Stelenanlage als Gemeinschaftsgrab U2	247,50 €
j)	Naturnahes Feld N (Doppelbelegung)	445,50 €

(3) Bei Vorreservierungen nach § 15 Abs. 6 der Friedhofssatzung werden neben den, zum gegebenen Zeitpunkt, fälligen Grabnutzungsgebühren (§ 3 Abs. 1) für die Zeit der Vorreservierung jeweils Gebühren in Höhe der vorreservierten Grabstätte gemäß Abs. 2 entsprechenden Gebühr erhoben. Die Gebühr für die Vorreservierung ist immer in voller Höhe fällig. Eine anteilige Erstattung von nicht vollständig in Anspruch genommenen Zeiträumen der Vorreservierung erfolgt nicht.

(4) Bei Verlängerung der Ruhefrist wegen einer weiteren Belegung der Grabstätte gilt § 3 Abs. 1 c).

§ 5 Bestattungsgebühren

(1) Die Gebühr für das Ausheben und Verfüllen des Grabes

	Bezeichnung	Betrag in €
a)	Einzel- und Mehrfachgrabstätte	1.084,00 €
e)	Kindergrabstätte	286,00 €
f)	Urnenerdgrabstätte in Abteilung K, K1	255,00 €
g)	Urnenerdgrabstätte in Abteilung B, F2, K2, K3, K4	255,00 €
h)	Stein-Urnen-Stelenanlage als Gemeinschaftsgrab U1, U3, U3A, U4, U4A und Naturnahes Feld N	255,00 €

i)	Baum-Urnen-Stelenanlage als Gemeinschaftsgrab U2	255,00 €
j)	Namenlose (Anonyme) Urnengrabstätte	255,00 €

- (2) Die Gebühr für die Tätigkeit der Leichenträger pro Träger beträgt 83,00 €.
- (3) Die Gebühr für die Benutzung des Aufbahrungsraums bzw. Sezierraums beträgt pro angefangenem Benutzungstag 112,00 €.
- (4) Die Gebühr für die Benutzung der Aussegnungshalle beträgt pro Tag 100,00 €.
- (5) Die Gebühr für die Benutzung der Klimatruhe beträgt pro angefangenem Benutzungstag 75,00 €.

§ 6 Sonstige Gebühren

- (1) Die sonstigen Gebühren betragen für

	Art	Betrag in €
a)	Ausgrabungen und Umbettung einer Urne innerhalb des Friedhofes	541,00 €
b)	Ausgrabung einer Urne zwecks Überführung in einen anderen Friedhof	300,00 €
c)	für Sonderleistungen, die in dieser Satzung nicht vorgesehen sind, werden die tatsächlich entstandenen Kosten berechnet	

- (2) Erfolgt eine Leichenumbettung aufgrund § 5 Abs. 4 der Friedhofssatzung, so werden keine Gebühren erhoben oder sonstige Kosten berechnet, wenn die Ruhefrist der in der Grabstätte Bestatteten noch nicht abgelaufen ist.
- (3) An Verwaltungsgebühren werden erhoben:

	Art	Betrag in €
a)	für die gemeindliche Aufsicht bei Umbettungen	50,00 €
b)	für die Erlaubnis, ein Grabmal oder eine sonstige bauliche Anlage errichten oder verändern zu dürfen	50,00 €
c)	Für die Erlaubnis, ein Grabmal oder eine sonstige Anlage vor Ablauf der Ruhefrist entfernen zu dürfen	100,00 €

§ 7 Pflegegebühr

- (1) Die Pflegegebühr wird wie folgt festgesetzt:
 - a) für ein Grab mit einer Ruhefrist von 10 Jahren in Höhe von 360,00 €
 - b) für ein Grab mit einer Ruhefrist von 15 Jahren in Höhe von 540,00 €
- (2) Bereits bestehende Gräber vor Inkrafttreten dieser Satzung werden im Jahr 2025 für die Restlaufzeit der Ruhefrist pro Grab mit 36,00 € für jedes Jahr festgesetzt. Dies gilt nicht für den Fall, dass die Pflegegebühr bereits im Voraus für die gesamte Ruhefrist geleistet wurde.
- (3) Die Pflegegebühr wird mit der erstmaligen Erteilung eines Grabnutzungsrechts festgesetzt und wird einen Monat nach Zustellung des Bescheides fällig.
- (4) Die Abgabepflicht endet mit Ablauf des Jahres, in dem das Grabnutzungsrecht endet.
- (5) Die Pflegegebühr wird bei Auflösung des Grabnutzungsrechts vor dem Ende der Ruhefrist nicht erstattet.

§ 8 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt mit Wirkung zum 01.01.2025 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Bestattungsanstalt der Gemeinde Blaichach (Bestattungsgebührensatzung) vom 29.10.2019 außer Kraft.

Gemeinde Blaichach, den 02. Dezember 2024

gez.

Christof Endreß
Erster Bürgermeister

**Zehnte Satzung
zur Änderung der Gebührensatzung
zur Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Blaichach**

Vom 02.12.2024

Auf Grund des Art. 8 des Kommunalabgabengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBl S. 264, BayRS 2024-1-I) das zuletzt durch § 1 Abs. 10 der Verordnung vom 04. Juni 2024 (GVBl S. 98) geändert wurde

erlässt die Gemeinde Blaichach folgende Satzung:

**§ 1
Änderungsbestimmungen**

Die Satzung für die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 19. Dezember 1975 wird wie folgt geändert:

§ 2 Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:

Die Gebühr beträgt jährlich bei vierzehntägig einmaliger Reinigung 2,48 Euro je laufenden Frontmeter.

**§ 2
Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt zum 01. Januar 2025 in Kraft.

Blaichach, den 02. Dezember 2024
GEMEINDE BLAICHACH

gez.

Christof Endreß
Erster Bürgermeister

Das Amtsblatt der Gemeinde Blaichach wird ausschließlich digital veröffentlicht und erscheint nach Bedarf. Es wird im Internet auf der öffentlich zugänglichen Internetseite <https://gemeinde-blaichach.de/index.php/rathaus/amtsblatt-blaichach.html> Veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF-Dokument ist die amtlich bekannt gemachte Fassung.